



# MIGRATIONSPOLITIK PROGRESSIVER PARTEIEN

## BLICK NACH VORNE STATT NACH RECHTS

Seit etwa 2015 steht das Thema Migration in all seinen Facetten verstärkt im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit. Seitdem in den Jahren 2015 und 2016 die Zahl der Asylanträge in Deutschland sprunghaft angestiegen war, ringen Parteien und Bevölkerung um ihre Haltung zu Fragen von Flucht und Migration. Dabei scheint die Öffentlichkeit polarisiert zu sein: Auf der einen Seite kategorische Befürworter\*innen, auf der anderen Seite radikale Gegner\*innen von mehr Einwanderung. Doch wie denkt die Bevölkerung tatsächlich über Flucht, Migration und Asyl? Stehen sich wirklich zwei Lager so unversöhnlich gegenüber? Nicht nur in konservativen, auch in sogenannten progressiven Parteien

wird längst höchst kontrovers diskutiert, wie mit der Stimmung in der Bevölkerung und der Alternative für Deutschland (AfD) umzugehen sei. Spätestens seit es der dänischen Sozialdemokratie gelang, bei den nationalen Wahlen stärkste Kraft zu werden, wird intensiv debattiert, ob für sozialdemokratische Parteien nicht eine Kombination aus linker Wirtschaftspolitik und autoritärer Innen- und Einwanderungspolitik erfolgversprechend sein könnte.

Antworten auf diese Fragen lassen sich mit Hilfe der von der Berliner Forschungs- und Beratungsagentur *pollytix strategic research* im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung durchgeführten



Auf der einen Seite kategorische Befürworter\*innen, auf der anderen Seite radikale Gegner\*innen von mehr Einwanderung. Doch wie denkt die Bevölkerung tatsächlich über Flucht, Migration und Asyl?



Anders als die öffentliche Debatte häufig glauben machen kann, ist die Bevölkerung in Deutschland nicht in zwei Lager gespalten.

Studie „Das pragmatische Einwanderungsland. Was die Deutschen über Migration denken“<sup>1</sup> finden. Die Ergebnisse der Studie basieren auf einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung, für die zwischen dem 15. November und 11. Dezember 2018 3.000 Wahlberechtigte telefonisch befragt wurden.

Anders als die öffentliche Debatte häufig glauben machen kann, ist die Bevölkerung in Deutschland nicht in zwei Lager gespalten. Neben einer eher weltoffenen pluralistischen Gruppe, die Zuwanderung weitgehend befürwortet, und einer eher national-traditionellen Gruppe, die Zuwanderung weitgehend ablehnt, gibt

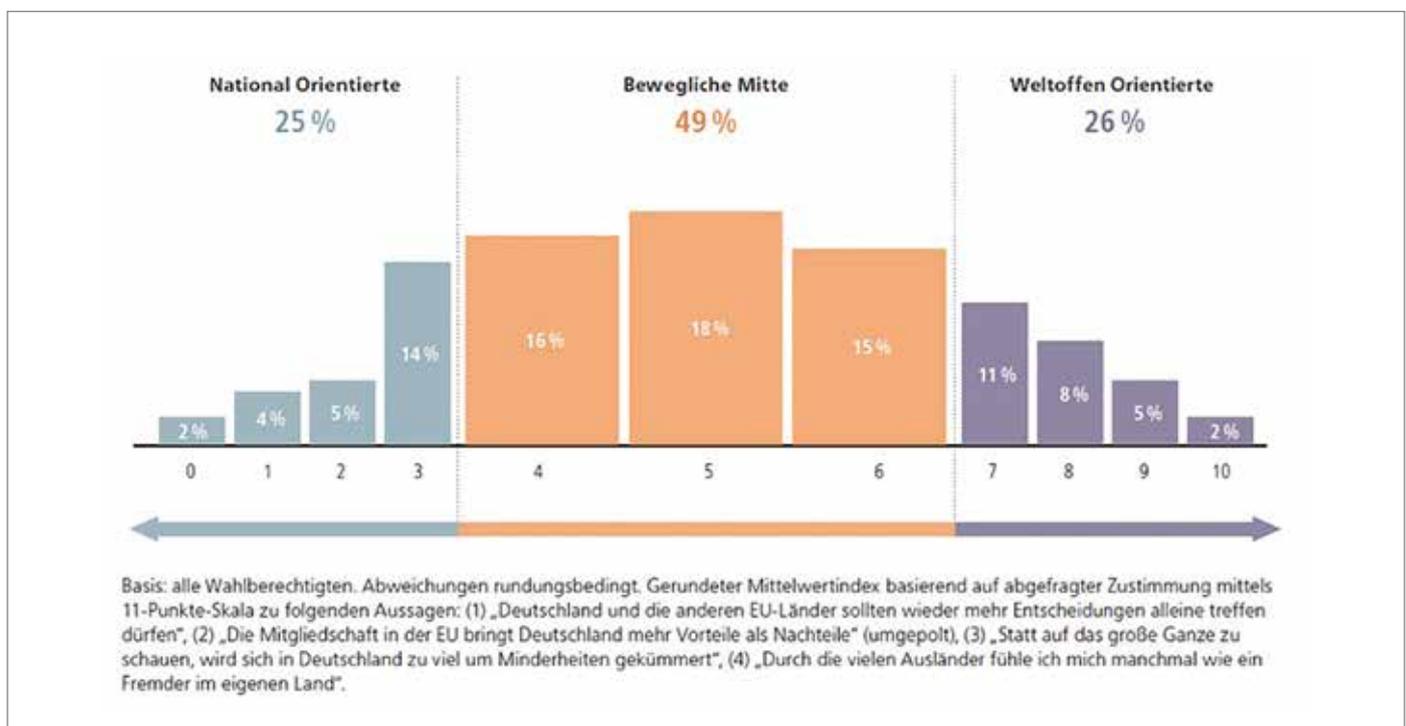
es eine breite Mitte, welche die verschiedenen Facetten von Zuwanderung differenziert bewertet. Sie macht rund die Hälfte der Bevölkerung aus.

Die Hälfte (50%) dieser beweglichen Mitte zieht ein weltoffenes und tolerantes Deutschland einem Deutschland vor, das sich auf seine traditionellen Werte besinnt (46%). Zudem sieht sie in Einwanderung mehrheitlich eine Chance (51% stimmen zu, 25% lehnen ab), genau wie die Wahlberechtigten insgesamt (53% stimmen zu, 29% lehnen ab). Insbesondere die Offenheit gegenüber hoch qualifizierten Migrant\*innen und Personen, die in Branchen arbeiten wol-

len, in denen es an Personal mangelt, ist hoch. In diesen Fällen befürwortet über die Hälfte der Wahlberechtigten in Deutschland ein Mehr an Zuwanderung. Etwas mehr als ein weiteres Viertel würde die Zahl der zukünftig kommenden Migrant\*innen in diesen Fällen auf dem jetzigen Niveau halten wollen. Auch Flüchtlingen, die vor Krieg, Bürgerkrieg oder Verfolgung fliehen, stehen die Deutschen vergleichsweise offen gegenüber (eine deutliche Mehrheit spricht sich für eine gleichbleibende oder steigende Aufnahme aus). Anders verhält es sich jedoch, wenn Menschen ihre Länder aufgrund von Armut oder aus wirtschaftlichen Gründen verlassen. Hier wünscht sich eine deutliche Mehrheit von 57% eine Verringerung der Zuwanderung.

Die Bevölkerungsmehrheit zeigt also eine offene und differenzierte Haltung. Zugleich ist eine deutliche Mehr-

**SICHT DER BEVÖLKERUNG AUF EINWANDERUNG: OFFEN, ABER MIT BLICK FÜR DIE HERAUSFORDERUNGEN KONSTRUKTION DER EINSTELLUNGSGRUPPEN**



Quelle: pollytix 2019.

<sup>1</sup> Faus, R.; Storks, S. (2019): Das pragmatische Einwanderungsland. Was die Deutschen über Migration denken. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.

heit überzeugt: Deutschland ist in der Flüchtlingskrise überfordert (56% Zustimmung gegenüber 27% Ablehnung) und die Bundesregierung dabei planlos (68% Zustimmung gegenüber 17% Ablehnung). Das Vertrauen in die Lösungskompetenz der Politik ist gering. Ihr fehle es zudem an einer Vision für die Zukunft Deutschlands (72% Zustimmung). Neben dieser allgemeinen Skepsis bestehen aber auch konkrete Sorgen in Bezug auf das Thema Einwanderung: Nach der wichtigsten Sorge, es könne zu einer Zunahme von Rechtsextremismus und rassistischer Gewalt (86% sind eher oder sogar sehr besorgt) kommen, sorgen sich die Bürger\*innen vor allem um eine zunehmende Spaltung der Gesellschaft (81%), eine Zunahme von Kriminalität und Terroranschlägen (73%), um den Einfluss des Islam auf die Gesellschaft (64%) und die Kosten der Integration

(61%). 58% befürchten zudem Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt durch Flüchtlinge und Migrant\*innen.

### PROGRESSIVE PARTEIEN: EIGENE DEUTUNGSHOHEIT GEWINNEN, STATT RECHTSPOPULISTISCHE FRAMES ZU ÜBERNEHMEN

Was folgt aus diesen Ergebnissen für die Politik progressiver Parteien? Klar ist: Wer von einer von Grund auf polarisierten Meinung in der Bevölkerung ausgeht, irrt. Die bewegliche Mitte der Gesellschaft zeigt differenzierte Ansichten zum Thema Migration und Flucht und ist dadurch für unterschiedliche politische Deutungen und Policies zu gewinnen, sofern ihre Bedenken reflektiert werden. Entscheidend dafür ist, dass progressive Parteien die Deutungshoheit über das Thema Migration, genauso wie über das öffentliche und

politische Agenda-Setting an sich, zurückgewinnen:

Progressive Parteien müssen die Deutungshoheit darüber erlangen, was die ausschlaggebenden Zukunftsthemen sind. Sie sollten wieder stärker selbst Agenda-Setter werden, anstatt die Agenda anderer zu bedienen. Dafür bedarf es eines Zukunftsnarrativs für Deutschland, das an Themen anknüpft, die die Menschen abseits des Themas Migration umtreiben. Für 27% der wahlberechtigten Deutschen sind zwar Migration, Flucht und Asyl die Themen, in denen sie die größte Herausforderung für Deutschland in den nächsten zehn bis 20 Jahren sehen, dicht gefolgt jedoch von sozialer Gerechtigkeit (22%). Auf Platz drei rangierten schon Ende 2018 Klima- und Umweltschutz (13%). Beim Thema Klima- und Umweltschutz ist allerdings aufgrund der aktuellen Ent-

### AUFNAHMEBEREITSCHAFT NACH EINWANDERUNGSGRUPPE FINDEN SIE, DEUTSCHLAND SOLLTE ZUKÜNFTIG MEHR ODER WENIGER MENSCHEN AUFNEHMEN, DIE ...



Basis: alle Wahlberechtigten. Fehlende Werte: Weiß nicht/Keine Angabe. Abweichung rundungsbedingt. Quelle: pollytix 2019.

Quelle: Faus, R.; Storks, S. (2019): Das pragmatische Einwanderungsland. Was die Deutschen über Migration denken. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.



Auf der anderen Seite zeigt sich in der Befragung allerdings auch deutlich, dass es trotz allem keinen Grund für Schwarzmalerei oder gar Fatalismus gibt.

wicklungen rund um *Fridays for Future* und die Wahlerfolge der Grünen davon auszugehen, dass das Thema eher an Bedeutung gewonnen hat. Auch Sorgen wie die bezüglich einer Spaltung der Gesellschaft und der Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt, die im Zuge von Zuwanderung genannt werden, lassen sich für eine Verschiebung des Themenfokus nutzen. Sichtbare und auch unkonventionelle Maßnahmen zur Entspannung des Wohnungsmarktes etwa wirken Sorgen entgegen, auch ohne, dass der von Teilen der Bevölkerung hergestellte Bezug zur Zuwanderung behauptet und bedient wird. Hier lägen also durchaus Ansatzpunkte für progressive Parteien, die öffentliche Debatte wieder stärker selbst zu rahmen und andere Themen als Migration in den Vordergrund zu stellen.

Dabei kann das Thema Migration, Flucht und Asyl nicht vollständig außen vor gelassen werden. Es darf nicht der Eindruck entstehen, progressive Parteien hätten zu einem drängenden Thema wie diesem selbst kein Angebot vorzuweisen oder wollten sich der Debatte entziehen. Daher geht es auch darum, beim Thema Migration die Deutungshoheit stärker für sich zu gewinnen. Das gelingt, indem Aspekte des Themas in den Vordergrund gestellt werden, die auch in der beweglichen Mitte Anklang finden. Das bedeutet zum einen, eine klare und grundsätzliche Offenheit für Migration zu kommunizieren. Zum anderen sollten offensiv eigene Pläne für die Steuerung von Migration und für ei-

nen konkreten nationalen und europäischen Plan zur Integration präsentiert werden. Dabei darf es aber nicht darum gehen, eine autoritäre Agenda zu bedienen, indem etwa humanitäre Grundsätze angetastet werden. Dies führt zu zusätzlicher Legitimierung rechtspopulistischer Frames und Policies statt zur Stärkung progressiver Parteien, deren Anhänger in der überwiegenden Mehrheit weltoffen sind. Ein solches Vorgehen wäre damit sowohl politisch als auch strategisch fehlgeleitet.

Denn Befragungsdaten zeigen deutlich, dass insbesondere die National Orientierten einer stärker umverteilenden Sozialpolitik skeptisch gegenüberstehen und schon aus diesem Grund durch eine Kombination aus linker Wirtschafts- und Sozialpolitik und autoritärer Einwanderungspolitik kaum zu gewinnen sein dürften. Auf die Frage, ob mehr in Soziales, Bildung und Infrastruktur investiert werden sollte, auch wenn dafür die Steuern erhöht würden, stimmen unter den National Orientierten nur 36% zu, in der Beweglichen Mitte sind es 39% und unter den Weltoffen Orientierten sogar 55%. Rund 20% der National Orientierten befürworten sogar ganz im Gegenteil eine Ausgabensenkung zur Verringerung der Steuerlast. Heißt im Klartext: Für linke, soziale Politik gibt es lediglich unter den Weltoffen Orientierten eine Mehrheit, mit National Orientierten ist diese Politik nicht zu machen. Für Deutschland gilt damit, dass für eine linke Sozialpolitik verbunden mit rechter Innen-

und Einwanderungspolitik schlicht das Publikum fehlt.

Stattdessen sollten progressive Parteien also auf einen eigenen, progressiven Plan zu Migration und Integration setzen. Dieser ermöglicht es, Offenheit für Migration zu demonstrieren und zugleich die Steuerungsfähigkeit der Politik deutlich zu machen. Es muss klar werden: Deutschland ist ein Einwanderungsland, das weiß, wie Migration und Integration auch mittel- und langfristig zu handhaben sind. Eine hohe Bedeutung kommt hier etwa der Arbeitsmarktintegration zu. Denn eine deutliche Mehrheit der Deutschen (78%) und selbst der einwanderungskritischen National Orientierten (63%) stimmt der Aussage zu, dass ausreisepflichtige Ausländer, die gut integriert sind und einen Job oder Ausbildungsplatz haben, in Deutschland bleiben dürfen sollten. Am Thema des so genannten „Spurwechsels“ könnte auch insgesamt kommunikativer stärker angesetzt werden, indem Positivbeispiele von gelungener Integration hervorgehoben und in die Debatte eingebracht werden. So lässt sich zum einen die öffentliche Deutung zum Thema Migration und Integration verändern, zum anderen ließe sich so auch der eigene Plan zur Migrationssteuerung und Integration anekdotisch stützen.

Die Themen Migration und Integration sollten bei all dem aber auf der politischen Agenda progressiver Parteien nicht alleine oder losgelöst stehen. Der in der Bevölkerung weit verbreiteten Auffassung, es fehle der Politik an einer Zukunftsvision für Deutschland, muss mithilfe eines umfassenden Zukunftsnarrativs begegnet werden. Migration und Integration werden so zu einem wichtigen Baustein in einem Gesamtgerüst für ein zukunftsfähiges und weltoffenes Deutschland. //

// Von Rainer Faus und Jonas Dohr

Faus ist Geschäftsführender Gesellschafter von *pollytix strategic research gmbh*, Dohr dort Projektmanager.